

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Mittwoch, außer Sonn- und Feiertag. Preis pro Quartal 3,00 Mark; durch die Post bezogen 3,50 Mark. Adress: Redaktion: Halle, Postfach 11. Einzelhefte: 10 Pfennig. Anzeigenpreis: 10 Pfennig pro Zeile und Woche. Halle, Druck: „Der Rote Stern“.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Montag, den 4. Januar 1926

6. Jahrgang * Nr. 2

Die Einpeitscher der Großen Koalition

Scheidemann, Schöpplin, David, Wirth

Der Artikel Scheidemanns, der die Runde durch die SPD-Bresse machte, und den wir in kurzen Zügen als das Angebot, in die Große Koalition einzutreten, dargestellt hatten, ist nicht ohne Gegenüber einer Anzahl führender Funktionäre der SPD, geschrieben. Der Karlsruher „Volksfreund“ bringt den Artikel Scheidemanns im Gegenstand zu den übrigen sozialdemokratischen Presse angelegt und hebt vor allem jene Stellen hervor, die sich im positiven Sinne auf die Große Koalition beziehen. Darüber hinaus kommentiert Herr Schöpplin im Karlsruher „Volksfreund“ diesen Artikel Scheidemanns folgendermaßen:

Die erste Maßnahme, die der Genosse Scheidemann an die Republikaner in Deutschland im allgemeinen, an die Sozialdemokratische Partei aber im besonderen, richtet, entspricht auch meiner Auffassung. Sobald nach Neujaahr die Frage der Regierungsbildung der Lösung entgegengeführt werden wird, muß meiner Ansicht nach die sozialdemokratische Partei sofort Hilfe und Rat suchen, welche Forderung sie einnimmt. Die Kritik, die die Fraktionsführung, allerdings und leider, unter Billigung der Fraktionsmehrheit, während der Tage eingeschlagen hat, als Herr Dr. Koch sich öffentlich um die Regierungsbildung bemühte, darf keine Wiederholung finden. Wenn ich damals gleich anderen Fraktionsmitgliedern, die von der Fraktionsmehrheit und von der Fraktionsführung abweichende Meinung öffentlich vertreten habe, so geschähe das deshalb nicht, weil wir die ohnehin etwas schwierige politische Situation im Augenblick nicht erschweren wollten.“

Neben Scheidemann und Schöpplin tritt auch Eduard David auf den Plan und versucht, mit bedehnten Worten für die Große Koalition eine Range zu brechen. Jedem David stellt, daß nach den Ausführungen Hermann Müllers, der eine Begründung der Ablehnung der Großen Koalition vor Reichstagen gegeben hatte, festgestellt werden sei, daß mit der Deutschen Volkspartei eine Verbindung auf den Gebieten der Handelsvertragspolitik, der Kreditpolitik, der Schulpolitik, des Verfassungsjahres und der Außenpolitik durchaus möglich gewesen sei, führt er weiter wörtlich aus:

„Damit aber komme ich zu der generellen Kritik dieser Politik der Abstinenz. Man lehnt die Beteiligung an einer Regierung auf breiter Basis ab, weil man nicht alle Forderungen, die man für gerecht und gut hält, durchzusetzen imstande ist. Was aber erzählt man, wenn man nicht in die Regierung geht? Was wird dann aus der sozialen Steuerreform, was aus dem Arbeitszeitgesetz, was aus der Erwerbslosenversicherung und der abschließenden Erhöhung der Unterhaltungsätze für die auf dem Wählerstand? Kommt eine Regierung ohne oder gegen die Sozialdemokratie zustande, dann sind doch wohl noch ganz andere Abstriche an allen unseren Forderungen zu erwarten. Das kann niemand ernstlich bestreiten.“

Die proletarischen Wählermassen, als deren Sachwalter wir uns in erster Linie ansehen, würden das schmerzlich zu spüren bekommen. Sie sind also die eigentlichen Leidtragenden einer solchen Abstinenzpolitik der sozialdemokratischen Fraktion. Die Arbeiter und Angehörigen und vor allem die täglich wachsende Armee der

Erwerbslosen, die die Kräfte der Wirtschaft und die Härte des Winters am bittersten zu spüren bekommen, sie haben die Folgen einer solchen Politik auszuharren. Weil wir nicht alles, was wir fordern, für sie erreichen können, sollen sie noch weniger bekommen, als wir ihnen durch unsere Beteiligung an der Regierung verschaffen könnten.“

Dies letzte Zitat Davids ist wirklich ein Beweis dafür, daß diese sozialdemokratischen Führer aber auch nicht mehr die Folgen der von Klienten und Klienten für sich verschärfen. Die Interessen der Arbeiterbewegung können also nach Herrn David nur in der Gemeinschaft mit den Herrenbaronen und den Konzerngewaltigen vertreten werden. Daß das Proletariat, wenn es sich als Klasse auf sich selbst bezieht, am mächtigsten ist, daß die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung den Beweis dafür gibt, daß lediglich der unerbittliche Kampf und nicht die Koalition seine elementarsten Kräfte erzugen und behauptet hat, davon hat Herr David seine Meinung mehr. Davon wollen diese Herren à la David allerdings auch keine Meinung mehr haben, da dies ihnen nicht mehr in den Kram paßt.

Diese mannigfachen Stimmen führender Funktionäre für die Große Koalition signalisieren dem gesonnenen Proletariat, in welscher Gefahr es sich gerade befindet, zeigen dem Proletariat, in welcher Verfassung die sozialdemokratische Partei sich gerade befindet. Noch nie hat eine Partei in so kurzer Zeit ihre Parolen gewechselt, wie es die Sozialdemokratie jetzt getan hat. Rein in die Karotte! Keine aus der Karotte! Einzige Anker und Rettungsanker! Wie sind seine Väterländer der Sozialdemokraten: so hieß die eine Parole. Nach vier Wochen: Wagt die Wägen für die Sozialdemokraten und setzt auf. Wie Reichstagen hieß es: Schluß mit der Großen Koalition. Nach Neujaahr: Hin in die Große Koalition. Wahrscheinlich, welcher sozialdemokratische Arbeiter soll aus dieser Politik des Verfalls, der Demagogie und der Kopflosigkeit noch einen Ausweg finden?

Wirth als Manager der Großen Koalition

(Eig. Draht.) München-Gladbach, 4. Januar.

Der Zentrumsmann Wirth hat am Anfang einer großen Versammlungstour im Rheinland eine Rede gehalten, in der er sich, wie er mehrfach betonte, besonders an die Presse und die vier Parteien der Großen Koalition wandte. Die Sozialdemokratie erinnerte er an ihre republikanischen Wurzeln, eine Regierung der Großen Koalition zu bilden, die allen im Lande die Nation vor revolutionären Erschütterungen zu bewahren. Im Gegensatz zu seinen Ausführungen auf dem Kaiserlicher Parteitag nannte er Wirth den Führer der Zentrumsparlei. Scheidemann dankte er für seine Neujahrsartikel in der sozialdemokratischen Presse.

Wirth für entschuldigende Entschuldigung der Fürken zu machen, würde in ihren eigenen Reihen viel böses Blut machen.

(Eig. Draht.) München-Gladbach, 4. Januar.

Der Metallarbeiterverband nahm in seiner letzten Mitgliederversammlung eine Entschließung an, mit den Stimmen der Sozialdemokraten, für Volksentscheid gegen Fürkenabfindung.

Bayrische Verhaftungswut

Reichstagsabgeordneter Genosse Hörnle festgenommen

(Eig. Draht.) München, 4. Januar.

Am Sonntagmittag wurde in München ein Arbeiterkongress des Bezirks Südbayern von einem riesigen Aufgebot blauer und Kriminalpolizei aufgehoben. Von den etwa 70 Teilnehmer und Gästen wurden neun auswärtige Genossen, darunter fünf energiegeladene Proleten der Reichstagsabgeordnete Genosse Hörnle, verhaftet. Außerdem wurde Genosse Fritz Bretel, München, verhaftet. Von übrigen Kongressmitgliedern wurde eine Fortsetzung der Konferenz verboten. Beim Abtransport der Verhafteten stimmte die auf der Straße versammelte Menschenmenge die „Internationale“ an. Es wurden Schreie auf die SPD ausgebracht. Bis 6 Uhr abends waren alle Genossen, darunter auch Hörnle, wieder entlassen. Zur Genosse Bretel wird bis zur Stunde angeblich wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt in Haft gehalten.

Ludendorff-Weite

München, 1. Januar.

Das nationalsozialistische „Kampfblatt“ der „Wölkische Arbeiter“, das Organ Ludendorffs, hat aus finanziellen Gründen sein Erscheinen am 31. Dezember eingestellt.

400 griechische Kommunisten in die Verbannung geschickt

(Eig. Draht.) Athen, 4. Januar.

Hier wurden 400 griechische Kommunisten verhaftet, sie sollen nach dem Inseln im Ägäischen Meer transportiert werden. Die Kommunisten hätten die Absicht eines Staatsstreiches gehabt.

Der Wille zur Armut

„Staat und Volk müssen sich endlich auf den Boden der Tatsachen stellen. Der Boden der Tatsachen bedeutet aber Armut! Es muß also der Wille zur Armut kommen.“ (Wochenheft der „Deutschen Bergwerkszeitung“.)

„Mit Recht haben Sie, Herr Geheer, auf der Schmelze des neuen Jahres das Gebot der Arbeit und der Sparsamkeit als Leitprinzip vor das Auge des ganzen deutschen Volkes gesetzt.“ (Aus Hindenburgs Neujahrsansprache.)

Nichts ist so charakteristisch, wie die Größe der Armut und der offiziellen Regierungsmänner an Festtagen. In knappen Worten fallen sie dann selbst zusammen, was sie von den arbeitenden Klassen verlangen. Und je schwächer die Arbeiterkraft im gegebenen Augenblick ist, um so offener, brutaler und ungnädiger schreien man ihnen Forderungen der Bourgeoisie entgegen. Im Grunde laufen die Beschlüsse des Unternehmerrates und des Reichspräsidenten und der Reichsregierung auf ein und dasselbe hinaus: Die Bergwerkszeitung verlangt den Willen zur Armut, die Reichsregierung den Willen zur Arbeit und Sparsamkeit. Nur ist das Unternehmerrate etwas konsequenter als Geheer und Hindenburg.

Die Aufforderung zur Arbeit in den Spalten des rheinisch-westfälischen Unternehmerrates ist in dem Moment ganz unpassend, wo nach den amtlichen Zahlen die Arbeitslosigkeit in Westfalen und Lippe von 72 000 Unterhaltungsgepfängern auf 125 000, also um mehr als 70 Prozent gestiegen ist, wo bei dem Landesarbeitsamt mehr als 150 000 Arbeitslosendaten angemeldet sind.

Es bleibt nur der Aufforderung Hindenburgs als ernsthaft gemeint nur der Wille zur Sparsamkeit, d. h. zum ärmere Leben, der Wille zur Armut.

Der Wunsch der Bergwerkszeitung ist tatsächlich nur der Ausdruck dessen, was die ganze Bourgeoisie und ihre Helfershelfer zur heutigen Krise zu sagen haben. Wenn die Zeitungen, von der „Deutschen Zeitung“ bis zum „Vorwärts“, die heutige Krise als eine Gebungs- und Umwälzungsperiode bezeichnen, die eben überstanden werden muß, damit der Weg zu neuer Aufwärtsentwicklung frei werde — was ist das anderes als der Wunsch, das deutsche Volk möge durch das unvermeidliche Verarmen in eine bessere Zukunft gehen, wobei die Herren mehr hüten zu lassen, wer noch ärmer werden und wer die bessere Zukunft teilen werden soll. Sicher nicht den 15 Millionen, die in Deutschland angeblich jetzt sind, nicht den Arbeitern deren Arbeitsstellen im Wege der „Nationalisierung“ hinweggeräumt werden sollen, und auch nicht denen, die aus Gnaden in Betrieben befristet werden, vorausgesetzt, daß sie ihre Löhne der „allgemeinen Verarmung“ anpassen lassen.

Wenn die SPD in ihrem Wirtschaftsprogramm die gegenwärtige Krise als unvorüberliches Durchgangs Stadium bezeichnet, dessen natürlicher Ablauf nicht durch künstliche Eingriffe getrübt werden kann — ja selbst auch sie sich auf den Boden der Bergwerkszeitung, und vom kapitalistischen Standpunkt ist das tatsächlich richtig. Im Kapitalismus gibt es keinen anderen Ausweg aus der Krise, als das Überleben der nun „überflüssigen“ Produktionsweize, als die Verdrängung der „überflüssigen“ Arbeitermassen. Die Arbeiter müssen die Armut tragen, wenn man nicht den Kapitalismus beiseite jagen will. Freilich, die russischen Arbeiter haben ihnen Vorbeisitz gegeben, den Segen der Armut kumulieren und die Strafen von Veningrad zu fügen; aber darum sind sie auch „rohe Barbaren, die für die Erhaltung der heiligsten Güter der Menschheit kein Verständnis haben.“

Für jeden Arbeiter aber, dem der Sozialismus mehr als eine Phrase für wacklige Sonntagsgespräche ist, bedeutet die Armut keine gegebene Tatsache.

Für uns als Sozialisten ist es durchaus keine unüberwindliche Tatsache, daß Millionen schlammig herumlaufen, während gleichzeitig die Legitfabriken, die alle Friedenden beiseiden könnten, „aus Arbeitsmangel“ geschlossen werden.

Diese „gegebene Tatsache“ wird in dem Augenblick hinfällig, wo die Legitfabriken nicht mehr für den Profit ihrer „Besitzer“, sondern für die Bedürfnisse der Werktätigen arbeiten. Und für uns Arbeiter ist es keine „gegebene Tatsache“, daß einige Tausende schlammig und in ihren nächtlichen Stunden noch die Unversättigtheit haben, den Millionen, von deren Schweiß sie leben, „Armut“ zu predigen.

Die „gegebene Tatsache“ werden in dem Augenblick hinfällig, wo die deutschen Arbeiter den leidigen Willen zur Armut entgegen und ihre Sinne mit einem anderen Willen erfüllen, mit dem Willen zur Macht. Das deutsche Volk ist arm, solange es sich auslaugt und noch abendend seine Betriebe stilllegen läßt, während Millionen hungern und frieren. Es wird in dem Augenblick reich sein, wo die Millionen Arme produktiv schaffen, nicht für den Profit einer Klasse, sondern für die Bedürfnisse der Gesamtheit. Freilich, darum muß man kämpfen. Wenn im Verlaufe dieses Kampfes die Ausbeuter die Produktion sabotieren, aus Not und Enttäuschung aufliegen, wenn wir im Kampfe um den Sozialismus medien leben müssen, so wie die russischen Arbeiter gefahren haben: dann werden wir diese Armut als eine gegebene Tatsache tragen: Wir werden wissen, daß wir für unser Volk, für unsere Sache leben, das aus dieser Armut der klüßende Aufstieg der sozialistischen Gesellschaft kommen wird, so wie er in Russland gekommen ist. Aber für die Kapitalisten wollen wir nicht hungern, die Armut, die sie uns auferlegen, wollen wir nicht tragen — wir werden dagegen kämpfen mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen.

Die Räuber wollen, wir sollen die Armut tragen. Ja, warum tragen denn sie die Armut? Warum führen sie die Betriebe nicht mit Verlust weiter, tragen die Kosten der Krise, so wie sie die

150 000 unterstützungsberechtigte Arbeitslose in Westfalen

Die Erwerbslosenziffer steigt weiter — Keine Hilfsarbeiten

(Eig. Draht.) Jena, 1. Januar.

Nach den Mitteilungen des Landesarbeitsamtes hat die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Westfalen und Lippe im Dezember um 3,6 Prozent gegenüber November zugenommen und ist damit nun 200 000 auf 150 000 Unterhaltungsgepfängern gestiegen. Der amtlichen Statistik wird die Bemerkung beigelegt, daß die Bekämpfung des Arbeitsmangels ihren Höhepunkt noch nicht erreicht habe und daß mit einer weiteren erheblichen Verschärfung gerechnet werden müsse. Notstandsarbeiten können „leider“ in neuemverstem Umfang nicht in Lösung.

Kongressabstimmung

(Eig. Draht.) Jena, 4. Januar.

Der größte Thüringer Kongress, der Hermann-Kongress, ist nunmehr beendet, einschließlich seiner Tagungsgemeinschaft. Aus der Masse waren die Aktionäre und Gewerbetreibende nicht 1 Prozent erhalten. Gerade Umwege wegen betrügerischer Bankrotts erlitten. Der Kongress wurde wegen Mangels an Masse abgelehnt.

Die Reichsbannerführung gegen entschuldigungslose Enttarnung der Fürken

Ein Urteil des demokratischen „Montag-Morgen“

(Eig. Draht.) Berlin, 4. Januar.

Der kirchliche „Montag-Morgen“ schreibt im Anschluß an die gesamte Aktion der SPD für ein Volksbegehren für entschuldigungslose Enttarnung der Fürken, daß die SPD, durch ihre Zauderattitüde und auch das ungeschickliche Anspielen der Köpfe des Volksentscheidens Führung verloren habe. Er läßt sich, daß die parlamentarischen Delegationen zwar einen Ausweg gebildet hätten und die Kampagne gegen Abfindung jetzt mit größerem Eifer betreiben, aber gegen entschuldigungslose Enttarnung sei insbesondere das Reichsbanner. Eine weitere Weigerung der SPD, zusammen mit der SPD, eine Kam-

Das Referat Bucharins auf dem Parteitag der KPD.

Moskau, 21. Dezember. Als erster Redner zur Diskussion über den politischen Bericht des ZK trat Genosse Bucharin auf, von hiesigen Kommunisten empfangen.

Bucharin rief auf die ganz besondere Bedeutung der Tatsache hin, daß ein Mitglied des Politbüros mit einem Korreferat zum Parteitag des ZK austritt. Die Opposition betonte auf allen Gouvernements-Konferenzen, daß sie der Parteitag keine andere Linie gegenüberstellt. Dem widerspricht die Tatsache des Korreferats, was in der Parteigeschichte beispiellos ist. In den vergangenen Kämpfen mit verschiedenen Oppositionsgruppen wurde niemals ein Korreferat gestellt.

Redner fragt, welche praktischen Maßnahmen die Opposition vor schlägt. Was Neues schlägt die Opposition zur Beseitigung der Dorf armut vor? Nichts. Die 14. Partikonferenz hatte die Notwendigkeit der Schaffung eines materiellen Fonds und der Schaffung von Gruppen der Dorfarmut fest. Die Opposition ist nicht imstande, neue Maßnahmen vorzuschlagen, was die politische Impotenz der Opponen ten beweist.

Die Opposition macht zwei Vorschläge: Erstens, um den Kommuni stischen Jugendverband herum Delegiertenversammlungen ge aus der parteiellen Mittelbauernorganisation zu organisieren. Dies würde von der Zentrale abgelehnt, da bei der Aktion der Bauernschaft diese Versammlungen zu Parallel-Organisationen werden würden, was mit dem Verbot der parteiellen Führung der Bauern schaft drohen würde. Dies wäre die Kapitulation des Proletariats vor dem Kleinbürgertum.

Der zweite Vorschlag kommt von dem Leninbürger Genossen Sar tis, der vor schlägt, bis zum 15. Partitag die Zusammenlegung der Mitgliedschaft des ZK zu gestalten, daß 30 Prozent der Parteimitgliedschaft aus Betriebsarbeitern bestehe. Dies wäre nur möglich, wenn die Partei 6 Millionen Mitglieder bestände. Dieser Vorschlag bedeutet da her, 5 Millionen neue Mitglieder innerhalb eines Jahres heranzu ziehen. Dies hat nicht eine arbeitsmäßige, sondern eine politische Be deutung. Die Lösung dieses Problems würde die Heranziehung von ungeheuren Mengen von Bauernelementen in die proletarische Partei bedeuten.

Die Opposition beschuldigt uns der Aufgabe unserer Position unter dem Druck der Kleinbürgerschaft. Beide erwähnten Vorschläge der Opposition beweisen hingegen die Kapitulation vor den kleinbürgerlichen Bauernelementen. Die Vorschläge der Opposition ertragen keine Kritik.

Redner erklärt, daß die gegenwärtige Diskussion im Lichte der beiden vorangegangenen Diskussionen gegen Kritik betrachtet werden müsse. Gegenwärtig liegt neue Weltanschauungsverhältnisse, eine neue interna tionale Lage entstanden. Die Partei muß sich über die richtige Position auf dem Gebiet der Bauernarbeit in den neuen Verhältnissen einver nehmen. Die erste Diskussion war die Frage der interpartei lichen Demokratie usw. auf und zum Schluß stellte sich heraus, daß es sich um die Bauernfrage handelte. In der zweiten Dis kussion verstand die Partei das Wesen des Streits bereits besser. Es ist kein Zufall, daß jetzt im Vordergrund die Fragen des Staatska pitalismus, der Möglichkeit des Aufbaues des Sozialismus in einem Lande usw. stehen.

In den beiden ersten Diskussionen war das Wesen der Frage das Verhältnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft. Die gegenwärtige Diskussion ist eine Fortsetzung der beiden ersten. Gegenwärtig nimmt die Partei an der Diskussion noch den meisten teil, da die Fragen nicht unter irgendeiner Effekte, sondern direkt gestellt werden. Die früheren Diskussionen stellten die Bauernfrage im ganzen, die gegen wärtige Diskussion stellt die Frage über die verschiedenen Schichten der Bauernschaft. Redner ist überzeugt, daß die Partei aus der gegen wärtigen Diskussion die richtigen Lehren herauskommt.

Die gegenwärtige Diskussion geht auf soziale Grundlage vor sich, die von drei Tatsachen charakterisiert wird. 1. Durch das Anwachsen der bürgerlichen Schichten im Dorf und in der Stadt. 2. Durch die Entwicklung der städtischen Klassen, besonders im Dorfe. 3. Durch das Entstehen neuer Schichten des Proletariats.

Die Halbproleten und Halbproleten kommen aus dem Dorf in die Stadt mit der Frage, ob sie ausgebeutet werden oder nicht; mit der Frage, worin sich die neue Arbeit von der alten unterscheidet. Weiterer teils ganz neue Politik noch nicht die Zeit, der Dorfarmut sämtliche ihr zukommende Hilfe zu leisten. Die Dorfarmut ist nicht eine Menge von Fragen auf. Die Partei ist die einzige politische Organi sation, die diese Fragen lösen muß und wird.

Redner weist auf die Verbindung der Diskussionsfragen mit der praktischen Politik hin. Die Frage der permanenten Revo lution wurde in der letzten Diskussion in einem anderen Standpunkt der Opposition die Anweisung der Möglichkeit des Aufbaues des Sozialismus in unserem Lande verborgen war. Dies bedeutet gemeinlich die Leugnung der Idee des Aufbaues des Sozialismus mit der Bauernschaft unter proletarischer Führung, eine Leugnung, die die Bauernschaft der Partei gegenüber ein absolut antagonisches, sogar konterrevolutionäres Verbindendes der Arbeiterklasse ist. Demals wurde bewiesen, daß der Aufbau des Sozialismus auf der etablierten technischen Grundlage zwar langsam, jedoch möglich ist. In einer Sitzung des Politbüros behandelten Kom enen und ich die Frage, ob die Bauernschaft der Partei die tech nischen Zurückgebliebenheit, würde man bis zu Ende nicht auf bauen können.

Wir behaupten, daß eine Garantie gegen Intervention, neue Kriege, gegen die Restauration mit Hilfe der kapitalistischen Armeen nur die internationale sozialistische Revolution bietet, jedoch be tritten wir lebensfähig die Behauptung, daß wir wegen der tech nischen Zurückgebliebenheit aufgrund gehen müssen. Dies stellt einen Verstoß dar, uns auf Geleise zurückzuschleppen, die wir bereits hinter uns haben. Es besteht ein großer Unterschied zwischen der Behauptung der Unmöglichkeit der sozialistischen Revolution in einem Lande, im Sinne des Reifens von Garantien dieses Aufbaues in folge der Gefahr der Intervention, und der Behauptung der Un möglichkeit der Überwindung der Schwierigkeiten der Aufbaues Periode wegen der zurückgebliebenen Technik und Ökonomie, wegen der überlegenen Weisheit der Bauernschaft. Redner wirt Si nowjew vor, diesen Unterschied in seinem neuverfassenen Werte nicht behandelt zu haben. Sinowjew behauptet in seinem Buch, daß sein im Jahre 1917 begangener Fehler darin bestünde, daß er den Standpunkt Lenins über Kompromisse einjenseits Lage weiterführte. Redner hält diesen Standpunkt Sinowjews für einen Kompromiß. Er fand im Oktober 1917 nicht zurückgeführt, sondern haben eine eigene Be urteilung der Frage gehabt. Der Kommerz in April 1917 be hauptete, daß der Bauer nicht ein Verbindendes des Proletariats werden könnte, daß die sozialistische Revolution die Zusammenarbeit des Proletariats mit der Bauernschaft der nicht notwendig sei. Sinowjew bekämpfte diesen Standpunkt in abgemäßigter Form und solidarisiert sich dann mit ihm in abgemäßigter Form. Dies ist ein Standpunkt des Unglaubens an die Kraft der Arbeiter klasse. Demals sagten sie, daß aus dem bewaffneten Aufstand nichts wird, jetzt behaupten sie, daß wir aufgrund gehen, wenn die internationale Revolution nicht kommt. Dies ist die Wiederholung desselben Fehlers in anderer Formulierung.

Redner kritisiert dann Sinowjews Buch über die Geschichte der KPD, und behauptet, daß Sinowjew bei der Behandlung der Kommerzialisierung im Jahre 1916 die Verantwortung für den Fehler er wähnt. Die Bauernfrage war aber in der Revolution 1905 das Zentralproblem. Redner wirt Sinowjew vor, den Fehler nicht eingestanden und korrigiert zu haben, was sehr schädlich ist, da die gesamte Parteijugend in diesem Fehler erkrankt wird.

Nach Behandlung der Grundfrage des Aufbaues des Sozialismus be spricht Redner die Frage der KPD. Sinowjew erklärte allen den Krieg, die die KPD mit dem Sozialismus identifizieren. Wir unterstützen mit allen Kräften einen solchen heiligen Krieg.

Sinowjew erklärte allen den Krieg, die die KPD, und den Sozialismus miteinander verwechseln. Wir unterstützen das voll ständige. Aber der Grundunterschied bleibt zwischen uns bestehen. Sinowjew behandelte die KPD fast ausschließlich als einen Kule z, u. g. Sinowjew formuliert folgendermaßen: Die KPD ist die breiteste Rückzugsbewegung des Leninismus. Wie betrachtete Lenin die KPD? Lenin sagte: Die KPD ist das größte tra ge liche Manöver, das erstmals ein Element des Weltrevo lutionen. Genosse Saltschikoff drückt dies ein Wortmark auf zweiens eine Kräfteausgleichung, dritten ein Wortmark auf der ungruppierten Frontlinie anzeigt. Die Sinowjewische Formulierung der KPD, steht im Zusammenhang mit dem Un glauben an die Möglichkeit des sozialistischen Aufbaues bei techni scher Rückständigkeit. Wir haben eine Verlangsamung der Weltrevolution. Genosse Saltschikoff folgert daraus die Möglichkeit einer Degeneration. (Geheißert.) Wir bekämpfen entschieden die Be hauptung, daß die KPD nur ein Rückzug ist. Wir stehen hier auf einem guten leninistischen Standpunkt.

Mit der Frage der KPD ist die Frage des Staatskapi talismus eng verbunden. Manche Genossen wollen die richtige Behandlung der Frage, wie sie liegt, vernachlässigen. Anstatt der Beantwortung der wesentlichen Frage des gegenwärtigen Augen blickes stellt man die Frage vom Jahre 1921. Die Leninbürger Genossen wehren sich gegen die Beschuldigung, daß sie ableugnen, die Staatsindustrie stelle einen konsequent sozialistischen En

Typus dar. Sie haben also ihre früheren Positionen aufgegeben und nehmen die Formulierung an, daß die Staatsunternehmen Unternehmen vom konsequent sozialistischen Typus seien. Auch Sinowjew ist jetzt für diese Formulierung. Aber in seinem Buch „Leninismus“, im Kapitel über die Staatsindustrie, ist kein Wort darüber zu finden. Sinowjew behauptet, er meinen ausdrücklich, daß sogar in unseren Staatsfirmen, in ihrem Arbeitsregime und sogar in unserer Kooperation kapitalistische Elemente vorhanden sind. Man darf die Arbeiter nicht mit diesen Affären tödnen, daß alles Sozialismus sei. Dies ist die Hauptstelle aus dem Buch Sinow jens. Zweifellos haben wir liberaler Elemente des Kapitalismus. Aber warum erwähnt Sinowjew bei dieser Behandlung der Staats industrie nichts von dem konsequent sozialistischen Typus der Unternehmen?

Redner polemisiert dann gegen die Sinowjewische Auslegung der Resolution Lenins über die Rolle und Aufgaben der Gesell schaften unter den Bedingungen der KPD, der auf dem XI. Kongress der KPD angenommen wurde. Sinowjew behauptet, Lenin erklärte in dieser Resolution die Staatsunternehmen für Staatskapitalismus. In Wirklichkeit enthält die Reso lution nicht diese Behauptung. Sinowjew hob in seinem Buch Lenin Meinung über die konsequent sozialistischen Unter nehmen nicht dargestellt. Auch habe Sinowjew gegen Redners (Fortsetzung umsetzt.)

Wilhelm Bied 50 Jahre alt Einer der alten Garde . . .



Wilhelm Bied vor uns. Das ist wirklich seine Geburtsstagesdenk art der Festschrift, sondern das ist durch Lauschen wohl begründet. Wilhelm Bied seine Treue zu der einen revolutionären Partei bewiesen. Er ist neben den Gründern des Kommunismus in Deutschland, neben den Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin der einzige, der, trotzdem er selbst einmal Angehöriger des Parteivorstandes der SPD, nach einem Augenblick vor dem Kriege im Kampfe gegen den Reformismus erlabte, seinen Augenblick wieder, als es galt, den Zusammenbruch des 4. August 1914 weitzumachen, und nicht einen Augenblick warte, als die Stunde der Herausbildung und Gründung einer revolutionären Partei, der KPD, verlangte. Darüber hinaus aber ist seine Treue zur Partei erprobt worden in den Jahren der inneren Parteikämpfe und -verwirrungen. Als mancher der älteren führenden Parteimitglieder die Partei verließ, war es für einen Wilhelm Bied um so selbstverständlicher, daß man der revo lutionären Partei die Treue halten müsse.

So hatten wir dem Genossen Wilhelm Bied zu seinem fünfzigsten Geburts tag vor allem den Dank zu sagen, daß er, der Organisator des SPD-Bundes und der KPD, seit ihrer Gründung, in hervorragender Weise mit dazu beigetragen hat, die kommunistische Partei zu einer stabilen Basis gegen die Kapitalistenschiffe zu schaffen.

Die gesamte Parteimitgliedschaft der KPD, die Parteiarbeiter, die seit durchweg der jüngeren Generation angehören, können heute nichts besseres tun, als zu geloben, dem Beispiel eines Wilhelm Bied seit ihres Lebens zu folgen. So wie er seine Kräfte ganz der Partei und damit dem revolutionären Proletariat geweiht hat, so wollen auch wir unsere Pflichten bis zum Tode erfüllen. (A. H.)

Es ist bekannt, daß Liebknechts linksradikale Tätigkeit gegen den reformistischen alten Parteivorstand der SPD, sich vor allem auf die revolutionäre Jugend richtete. Und noch heute ist die KPD, eine Partei, die loszulassen noch tatsächlich unter sich. Ihre Funk tionäre setzen regelmäßig im Alter von 30 bis 40, höchstens 45 Jahren. Wenn man dagegen die KPD, unter dem Gesichtswinkel des Alters ihrer Führer betrachtet, befindet sie sich im Ver gleich zur KPD, geradezu im höchsten Alter, sie ist in diesem Sinne im Wanken begriffen. Es ist ja bezeichnend genug, daß auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Heidelberg offiziell Kritik darüber geführt wurde, daß die vielversprechenden jüngeren Altersgruppen — sie sind eben in der KPD, — in der KPD, am meisten fehlen.

Sie zeigt es hin, daß die KPD, eine Partei des Aufstiegs, des Wachstums, der Zukunft ist. Sie vertritt das jüngere, kraftvollere Element des deutschen Proletariats, ein Element, das noch erhoben will, während die liberale Konfession der SPD, ganz auf die Verteidigung ihrer Positionen eingestellt ist.

Gleichzeitig beweist aber auch ein Vergleich der Altersstatistik der beiden Parteien, daß die sozialdemokratischen Führer der Parteitag zeit in gut wie rechts hat über, Koste und Schickemann gehalten sind. Um so erfreulicher ist es, wenn wir in unserer Partei Genossen haben, die schon vor dem Kriege in führenden Positionen den Kampf gegen den Opportunismus geführt haben, der revolutionären Bewegung treu geblieben sind und heute in der KPD, als Führer mitlen.

Sieht man von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ab, so fällt zu dieser Kategorie von Führern der kirchlich verstorbenen Partei-Marktwelt, der auch ohne Deutschen für Geburt zu sein, mittelbar vor und während des Krieges Grotes für die revolu tionäre Bewegung in der KPD, ein. Und auch ein Führer der Sozialisten-Bewegung gewesen ist. Es ist hier vor allem auch zu erwähnen, daß eine unerschöpfliche Franz Mehring, ein die SPD-Führerschaft genalig übertragender Kopf. Auch Ernst Thälmer und Berthel, die Jüngeren, dürfen in diesem Zusammen hang genannt werden.

In verhältnismäßig hohem Alter wirken nur noch zwei von der Spartakus-Garde in der KPD. Da ist die alte unvermeidliche Kämpferin Clara Zetkin, eine anerkannte Führerin schon längst vor dem Kriege, und da ist unter Genosse Wilhelm Bied, dessen hiesige Ge burts tag mit am gestrigen 3. Januar feiern konnten.

Wilhelm Bied, der in den Jahren vor dem Kriege, entsprechend der theoretischen Vorkenntnisse einer Rosa Luxemburg, praktisch im deutschen Proletariat den revolutionären Lagerkampf gegen den Opportunismus des Parteivorstandes führte, ist neben Clara Zetkin derjenige Genosse, der in seiner Person eine Verbindung hat und einer der besten Teil der alten Sozialdemokratie und dem Marxismus-Leninismus der heutigen KPD. Das ist selbstverständlich nicht in dem Sinne gemeint, daß Wilhelm Bied ein Kompromiß zwischen den beiden Elementen geschlossen hat, vielmehr ist in ihm verkörpert die Höchste Entfaltung von menschlich — bürgerlich begründeten — Unerschöpflichkeit der alten linksradikalen vor leninistischen Theorie und Praxis.

Ein untadeliger Kämpfer, der nie abirrte vom geraden Weg revolutionärer Pflichterfüllung, als solcher steht also heute Genosse

Genosse Bied, dessen Eltern Proletarier waren, kam mit 14 Jahren zu einem Arbeiter in die Lehre und schloß sich bereits mit 18 Jahren dem Sozialistenvereinband und mit 19 Jahren der Sozialdemokratie an. Dank seiner Energie und seinem Alibungs erbeitete er von früher Jugend an Vertrauensposten in der Arbeiterbewegung. Wiederholt wurde er auch als Delegierter zu Gemeindefestungen und Parteitagungen entsandt. Als Sekretär der Parteizelle im Winter 1907/08 kam Bied mit Rosa Luxemburg und Franz Mehring in persönliche Bekanntschaft, mit denen ihr jenseitig stets engste revolutionäre Kameradschaft verband. Sein Interesse für die Walfahrt des Proletariats brachte ihn schon 1905 in die Stellung eines Vor standes des Bildungsausschusses in Bremen und 1906 in die eines zweiten Geschäftsführers des Zentralbildungsausschusses der SPD. Auch als Genosse Bied als Angehöriger und sogar des Parteivorstandes beruflich für die SPD-Organisation tätig war, ent fremdete er sich nicht, wie viele seiner Kollegen, der Arbeiter schaft als Delegierter auf dem Parteitag der Arbeiterpartei 1908 nicht, er war bester Polemiker gegen die Gemeindefestungsautorität für eine Ausgestaltung des 1. Mai als eines revolutionären Kampftages Partei und auf dem Parteitag der Arbeiterpartei 1912 führt er, der Angehörige des Parteivorstandes, einen noch heftigeren Kampf gegen diesen Parteivorstand, der durch den Beschluß des Parteitagung abgemittelt mit den Abstrahlen bei den Reichstagswahlen 1912 den ersten Schritt zur Einleitung einer konterrevolutionären Koalitionspolitik gemacht hatte. Auch innerhalb der Berliner Organi sation der SPD, gehört Bied zu den radikalen Genossen von Rosa Luxemburg, die gegen die reformistische Verdrängung der Partei ankämpften.

Die leninistische Haltung der bürgerlichen Sozialdemokratie in der Kriegszeit findet in Bied von 4. August 1914 an einen un verkennlichen Gegner, der sehr bald zum richtigen Organisator der kleinen Spartakusgruppe wird. Genosse Bied war beteiligt an der Herausgabe der illegalen Informationsblätter, der Arbeiter der Spartakusgruppe, die organisierte fast allein auch die Herausgabe und Verbreitung der ersten Nummer der Zeitschrift „Inter nationale“ im Frühjahr 1915. Er übernahm es auch, die ersten Streikendemonstrationen in Berlin vorzubereiten. Bei einer dieser Demonstrationen vor dem Reichstag am 28. Mai 1915 wurde er verhaftet und zum Teil infolge indirekter Demagogik durch den Führer der SPD, bis Ende Oktober 1915 in militärischer Schutzhaft gehalten. Vom Gefängnis kam Bied unmittelbar in die Kaserne. Bied weigerte sich, auf seine Kassenbücher in Unter suchung zu ziehen, geriet deshalb wegen Gehörlosenerweigerung in Unter suchungshaft, was als ein schließliches Zwangsmaß an die Front ge richtet wurde. Nach mehrmonatiger Untersuchung wurde Bied schließlich in Deutschland und in Holland, wo er aber sofort die agitatorische Tätigkeit unter den vielen Dele gierten aufnahm und mit dem aus Duisburg geflohenen sozial demokratischen Redakteur Wilfried die Zeitschrift „Der Kampf“ herausgab. Nach der deutschen Militarismus völlig zusammen gebrochen war, schrieb Bied nach Deutschland zurück, um sich auch hier sofort wieder in die revolutionäre Arbeit für den Spartakusbund zu tätigen. In Berlin war er besonders im Kreis der revolutionären Offiziere gemeinlich mit Liebknecht tätig. Seit dem 10. November 1918 gehört Bied ununterbrochen der Zentrale des Spartakusbundes, der späteren Kommunistischen Partei Deutschlands, an. Ihm lag zunächst der Aufbau der Berliner Organisation ob. Nach der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die er fast nur seinen Augen als Gefährten im Westen-Dolmetscher, trat ihm die organisatorische Leitung der gesamten Partei zu. Die Partei hat dem Genossen Bied jenseitig eine Stelle immer neuer Aufgaben übertragen, die er stets mit der Gewissenhaftigkeit und Treue eines der Revolution voll ergebnen Arbeiter erfüllt hat.



Themenwurf über die Jugend für den XIV. Parteitag geklärt, da er unsere Unternehmungen für sozialistische Ziele. Auch die anderen Leninisten sind, beispielsweise der Genosse Zewdow, haben keine klare Beantwortung der Frage, was die Staatsunternehmen seien, gegeben. Die Partei muß darauf eine Antwort geben, weil das Gesamtproletariat es verlangt.

Redner behandelt weiter die Frage des Charakters des Staatskapitalismus. Er betont, daß diese Frage hauptsächlich vom Standpunkt der praktischen Ziele gestellt werden muß, so betrachtet diese Frage auch Lenin und legte darüber in seinem Artikel „Aber die Genossen“, daß das praktische Ziel der WZB die Erlangung von Konzessionen war. Dieser Gesichtspunkt ist richtig, weil er die Frage der Meinungsverschiedenheiten, die einst zwischen Lenin und dem Redner selbst diesbezüglich bestanden, beantwortet. Das Leben hob diese Meinungsverschiedenheiten in zwei Richtungen auf: 1. Wir haben einen ungeheuren Aufschwung der Staatsindustrie; 2. wir haben keine Konzessionen in dem erwarteten Umfang. Demals haben wir fast keine Industrie und nur Konzessionspläne, jetzt haben wir eine eigene Industrie mit eigener Kraft ausgegeben. Deshalb muß die Frage fort und fort aktuell gestellt werden.

Nach einer Bemerkung darüber, daß Sinowjew behauptet, weil wir uns freier Handel befehlt, folglich ist bei uns, liefern freier Handel existiert, durchgehend Kapitalismus. Zwar sagte Lenin: „Freier Handel ist Kapitalismus.“ Aber dies bedeutete nur, daß die Grundlage des freien Handels wird der Kapitalismus sein und gehen Handel das Gleichheitszeichen stellen. Beispielsweise: Unter Staatsunternehmen vom konsequent sozialistischen Typus läuft bei einem anderen ebenjohannischen Unternehmen. Das ist die Warenform und keine sozialistische Wirtschaftsform. Aber — das ist sicherlich kein Kapitalismus. Nur würde kann man ein freier Handel mit dem Kapitalismus identifizieren. Niemand wird leugnen, daß wir Elemente des Staatskapitalismus, Elemente des Privatkapitalismus und Elemente der kleinbürgerlichen Wirtschaft haben. Aber die Kernfrage ist die Einschätzung der Staatsbetriebe.

Zur Frage des Mittelbauern. Redner fragt und bezieht die Frage, daß manche Genossen den Mittelbauer unterschätzen. In dem programmatischen Artikel Sinowjews, betitelt „Philosophie der Spindel“, fanden wir ursprünglich keinen Mittelbauer. Nur nachträglich wurde er hineingesetzt. Auch behandelt Sinowjew die Beschlüsse der XIV. Parteikonferenz anders wie die Partei. Diese Beschlüsse stellen hauptsächlich die Politik der Befestigung eines engen Bündnisses mit dem Mittelbauer dar.

Sinowjew schreibt in seinem Buch „Leninismus“ (Redner zitiert): „Wir müssen noch ergänzende Konzessionen gerade den kapitalistischen Elementen in der Landwirtschaft machen.“ Was heißt das? gerade den kapitalistischen Elementen in der Landwirtschaft? Das bedeutet: Die WZB ist ein Jugendbündnis gerade an die Großbourgeoisie. Wollen wir die Beschlüsse der XIV. Parteikonferenz gerade als ein Jugendbündnis an die Dorfbauer formulieren, wird uns niemand anhören wollen. Wir haben mit den Resolutionen der XIV. Parteikonferenz gerade das feste Bündnis mit den Mittelbauern bezeugt. Aber Sinowjew hält diese Resolution für ein Jugendbündnis an die Dorfbauer. Redner erklärt dann nachträglich, er habe die prinzipielle Seite der Resolution der XIV. Parteikonferenz und des Oktober-Manifests verfaßt und von einer Seite Widerspruch erfahren.

Sinowjew zitierte uns, wie Lenin die Frage der reichen Bauern stellte, wie Lenin die reichen Bauern als Blutsauger, Rumpke usw. charakterisierte. Dies kommt aber aus dem Jahre 1918. Sinowjew sagt hinzu, daß diese Sprache noch nicht einmal wiederholt werden muß.

Sinowjews Buch behandelt die aktuellen Fragen der Heberbeihilfen des Kriegskommunismus. Gegenwärtig kämpfen wir gegen die

Geburtsstagsfeier für Genossen Bied

(Eig. Drahtm.) Berlin, 4. Januar.

Im zeitigstmöglichen Jänner des Preussischen Landtages versammelten sich am gestrigen Sonntag Vertreter und Delegationen der verschiedenen Parteifractions der KPD, und persönliche Freunde des Genossen Bied, um seinen 50jährigen Geburtsstags zu feiern. Nach einigen Musikdarbietungen und dem Vortrag eines witzigen Gedichtes von Weinert, übertrug Genosse Giesche den Gruß der Genossen der Kommunistischen Internationale, die den Gefeierten in einem Telegramm als den allbewährtesten Kämpfer begrüßte, und die Glückwünsche des Zentralkomitees der KPD. Es folgten Worte Ernst Weners, der in einem geschäftlichen Mißverständnis die Hauptetappen des Kampfes des linken Flügels der Arbeiterbewegung, in deren vorderster Reihen seit Jahrzehnten Genosse Bied kämpft, schilderte. Unter den vielen Begrüßungstelegrammen und -scheiden wurde besonders das der Genossin Klara Zetkin mit großer Begeisterung aufgenommen. Auf allgemeinen Wunsch mußte sich Genosse Bied zum Wort melden. Er lehnte das Lob für sich ab. Der einzelne bedauerte nichts ohne die Partei. Nur in der Gesamtheit der Partei kann und muß der einzelne seine Kräfte entwickeln und der Arbeiterschaft zur Verfügung stellen.

reichen Bauern mit anderen Methoden. Redner behauptet, daß in den Worten Sinowjews der Gehalt der Desorganisierung der Beschlüsse der XIV. Parteikonferenz verborgen ist. Man müsse gegen-

wärtig mit dem Badstump der Differenzierung der Bauernschaft rechnen, man müsse damit rechnen, daß in der nächsten Periode eine Verschärfung des Klassenkampfes eintreten wird. Es sind viele neue Gefahren internationalen Charakters vorhanden, da wir in dem internationalen Markt eingeschlossen sind und es sind viele neue Gefahren inneren Charakters vorhanden, da ein ungeheures Anwachsen der Klassenunterschiede und der Klassen-differenzierung vor sich geht.

Die wichtigste Aufgabe ist die Zusammenfassung der Arbeiterklasse. Die Kommunisten verstehen es nicht, daß vor uns die ungeheure Aufgabe der Erziehung neuer Schichten der Arbeiterklasse steht. Redner fordert, daß die Leninisten Delegation ihre Fehler eingestehen, genau so, wie der gemeinsame Sekretär der Leninisten Delegation, Schlicht, seinen Fehler über den Staatskapitalismus eingestanden hat. Redner macht der Leninisten Delegation die schärfsten Vorwürfe, den bewährtesten Kämpfer Romanow nicht für den Parteitag gewählt zu haben, nur weil dieser dem ZK gegenüber loyal geblieben ist. Eintracht, proletarische Disziplin, Loyalität zu den Führern sind Bestandteile des Bolschewismus. Man kann kämpfen, kritisieren, angehen, jedoch keine Fraktionen machen. Die eiserne Disziplin der Partei muß bewahrt werden. (Beifall.) Redner bezieht die Überzeugung aus, daß sich sämtliche Delegierte dem Beschluß des Parteitages wie ein Mann unterwerfen und ihn als die einzige und endgültige Deutung der leninistischen Parteileitlinie anerkennen werden. (Stürmischer Beifall.)

(Das Schlußwort Stalins erscheint morgen. D. Red.)

Neues aus aller Welt

Erdbeden in Italien

Ein großer Teil Nord-Italiens wurde am Abend des Neujahrstages von einem starken Erdbeden heimgelagt. In Triest um 7 Uhr 12 Minuten abends ein starkes Beben in der Dauer von zwei Minuten in der ganzen Stadt verspürt. Die dort Wankt ergriffene Bevölkerung eilte aus den Häusern auf die Straßen. Theater und sonstige Vergnügungsorte leerten sich in wenigen Augenblicken. Die Menge der Theaterbesucher drängte den Ausgängen zu. In dem Gedränge wurden mehrere Personen verletzt.

Aus der jüdischen, venezianischen und der Provinz Trium werden starke Erdstöße gemeldet. In Venedig dauerte das Beben fünf Sekunden. In Udelsberg in Fiume, in Görz, und in Monfalcone dauerte das Beben sechs Sekunden. In den genannten Städten befuhr die Bevölkerung im Freien, da man weitere Stöße befürchtete. In Udelsberg und anderen Ortschaften will man auch ein dumpfes unterirdisches Grollen vernommen haben. In Venedig dauerte das Erdbeden neun Minuten. Zahlreiche Häuser Venedigs sind stark beschädigt. Auch in Venedig lagert die Bevölkerung auf den Plätzen der Stadt.

Auch aus Laibach wird gemeldet, daß dort 7.05 Uhr starke Erdstöße in der Richtung Südost-Süd verspürt wurden. Nach der Universitätsstation Laibach ist das Zentrum des Erdbedens in Patara in Norddolmatien, wo zahlreiche Häuser zerstört wurden.

Schnee in Holland

Die Stadt Maasricht wurde am Donnerstagsabend von der Unheimlichkeit fast vollkommen abgeschnitten. Die Eisenbahnen gehen von dieser Zeit an nicht weiter als bis Gittard. Der Bürgermeister der vom Hochwasser äußerst stark bedrohten Stadt Maasricht ersuchte das Kriegsministerium telegraphisch um Entsendung militärischer Hilfe. Das Kriegsministerium hat darauf in Verbindung mit dem Marineministerium Truppen mit Ponton-Material nach Maasricht beordert.

Erklärung:

Unser Inventur-Ausverkauf dauert fort. / Der Andrang des kaufenden Publikums beweist die Richtigkeit unseres alten Grundsatzes:

auch in Ausverkäufen nur gediegene solide Qualitäten zu billigsten Preisen!

Wir lehnen es auch für unsere Ausverkäufe ab, Waren zusammenzukaufen, die in ihrer minderwertigen Beschaffenheit nicht in den Rahmen unseres Geschäftes passen und die wir auch sonst nicht führen. // Wir stehen fest und unverrückbar auf dem Standpunkt:

Nicht der billige Preis, sondern lediglich der Gebrauchswert der Ware garantiert unseren Kunden den billigen Einkauf!

Wir bringen nur unsere langjährig bewährten und anerkannt guten Qualitäten zu billigen Ausverkaufs-Preisen zum Verkauf.

Eine Besichtigung unserer reichsortierten Lager wird Sie überzeugen!

BRUMMER & BENJAMIN

Halle (Saale)

Große Ulrichstraße 22-24

Rannischer Platz

Kampfbanner

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Kampfbanner“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,00 Mark, durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Zentral-Druckerei-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e. V. Halle, Postfach 14

Abdruckpreis: 15 Goldpfennig p. d. Blattmeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig p. Blattmeter in Zertitel. Anzeigensätze zu richten nach Halle, Postfach 14. Tel. 106, 107, 251. Zeitungsbüro: Kriemhildstr. 14. Halle. Postkonto: Commerz- u. Privatbank Halle. Verlagskonto: Deutsches Reichspostamt Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Montag, den 4. Januar 1926

6. Jahrgang Nr. 2

Die Einheitscher der Großen Koalition

Scheidemann, Schöpplin, David, Wieth

Der Artikel Scheidemanns, der die Kunde durch die SPD-Presse machte, und der in kurzen Zügen als das Angebot, in die Große Koalition einzutreten, dargestellt wurde, ist nicht ohne Bedeutung. Der kurzweilige „Vollstrecker“ bringt den Artikel Scheidemanns im Gegensatz zu der übrigen sozialdemokratischen Presse ungeliebt und hebt vor allem jene Stellen hervor, die sich im positiven Sinne auf die Große Koalition beziehen. Darüber hinaus kommentiert Herr Schöpplin im „Karlshof“, „Vollstrecker“ diesen Artikel Scheidemanns folgendermaßen:

„Die ernste Mahnung, die der Genosse Scheidemann an die Republikanten in Deutschland im allgemeinen, an die Sozialdemokratische Partei aber im besonderen, richtet, entspricht auch meiner Auffassung. Sobald nach Neujahr die Frage der Regierungsbildung der Lösung entgegengeführt werden wird, muß meiner Ansicht nach die soziale demokratische Reichsorganisation sofort klipp und klar sagen, welche Haltung sie einnimmt. Die Taktik, die die Fraktionsführung, allerdings und leider, unter Billigung der Fraktionsmehrheit, während der Lage eingeschlagen hat, als Herr Dr. Koch sich eben um die Regierungsbildung bemühte, darf keine Wiederholung finden. Wenn ich damals gleich anderen Fraktionsmitglieder, die von der Fraktionsmehrheit nicht vertreten habe, so geschähe dies deshalb nicht, weil wir die ohnehin etwas schwierige taktische Situation im Augenblick nicht erschweren wollten.“

Neben Scheidemann und Schöpplin tritt auch Edward David auf den Plan und versucht, mit anderen Worten für die Große Koalition eine Range zu brechen. Indem David feststellt, daß nach den Ausführungen Hermann Müllers, der eine Begründung der Ablehnung der Großen Koalition vor dem Reichstag gegeben hatte, festgestellt worden sei, daß mit der Deutschen Volkspartei eine Verständigung auf dem Gebiet der Handelsvertragspolitik, der Kreditpolitik, der Schulpolitik, des Verfallungsgesetzes und der Außenpolitik durchaus möglich gewesen sei, führt er weiter wörtlich aus:

„Damit aber komme ich zu der generellen Kritik dieser Politik der Ablehnung. Man lehnt die Beteiligung an einer Regierung auf dreier Basis ab, weil man nicht alle Forderungen, die man für gerecht und gut hält, durchzusetzen imstande ist. Was aber erreicht man, wenn man nicht in die Regierung geht? Was wird dann aus der sozialen Staatsform, was aus dem Arbeitsrecht, was aus der Erwerbslosenversicherung und der abschließenden Erhöhung der Unterstützungssätze für die auf dem Pfahle der Demokratie stehende, denn eine Regierung ohne oder gegen die Sozialdemokratie zustande, kann sich doch wohl noch ganz andere Abstriche an allen unseren Forderungen zu erwarten. Das kann niemand ernstlich bestritten.“

Die proletarischen Wählermassen, als deren Schutzwart wir uns in erster Linie ansehen, würden das schmerzhaft zu spüren bekommen. Sie sind also die eigentlichen Leidtragenden einer solchen Abstrichpolitik der sozialdemokratischen Fraktion. Die Arbeiter und Angestellten und vor allem die täglich wachsende Armee der

Erwerbslosen, die die Kriege der Wirtschaft und die Härte des Winters am bittersten zu Leiden bekommen, sie haben die Folgen einer solchen Politik auszubaden. Weil wir nicht alles, was wir fordern, für sie erreichen können, heißt es noch weniger bekommen, als wir ihnen durch unsere Beteiligung an der Regierung verschaffen könnten.“

Dies letzte Zitat Davids ist wirklich ein Beweis dafür, daß diese sozialdemokratischen Führer aber auch nicht mehr die leiseste Spur von Klassenbewußtsein und Klassenkampf in sich verspüren. Die Interessen der Werktätigen können also nach Herrn David nur in gewaltigen vertreten werden. Das das Proletariat, wenn es sich als Klasse auf sich selbst bekennt, am wichtigsten ist, daß die gesamte Geschichte der Arbeiterbewegung den Beweis dafür gibt, daß lediglich der unerbittliche Kampf und nicht die Koalition keine elementarsten Rechte errungen und behauptet hat, davon hat Herr David keine Ahnung mehr. Davon wollen diese Herren a la David allerdings auch keine Ahnung mehr haben, da dies ihnen nicht mehr in den Kram paßt.

Diese mannigfachen Stimmen führender Funktionäre für die Große Koalition signalisieren dem gesamten Proletariat, in wieweit großer Gefahr es sich jetzt befindet, zeigen dem Proletariat, in wieweit die Sozialdemokratische Partei sich jetzt befindet. Noch nie hat eine Partei in so kurzer Zeit ihre Verworfenheit so offen als die Sozialdemokratische Partei gezeigt. Die Sozialdemokratie erinnert er an ihre revolutionären Wurzeln, an die Regierung der Großen Koalition vor revolutionärer Zeit. Er hat die Arbeiterklasse vor dem Scheitern der Sozialdemokratie gewarnt, er hat die Arbeiterklasse vor dem Scheitern der Sozialdemokratie gewarnt, er hat die Arbeiterklasse vor dem Scheitern der Sozialdemokratie gewarnt.

Wieth als Manager der Großen Koalition

(Fig. Draht.) München-Graben, 4. Januar. Der Zentrumsman Wieth hat am Anfang eines großen Versammlungstages im Rheinland eine Rede gehalten, in der er sich, wie er mehrfach betonte, besonders an die Presse und die vier Parteien der Großen Koalition wandte. Die Sozialdemokratie erinnerte er an ihre revolutionären Wurzeln, an die Regierung der Großen Koalition vor revolutionärer Zeit. Er hat die Arbeiterklasse vor dem Scheitern der Sozialdemokratie gewarnt, er hat die Arbeiterklasse vor dem Scheitern der Sozialdemokratie gewarnt, er hat die Arbeiterklasse vor dem Scheitern der Sozialdemokratie gewarnt.



Ludendorff-Platte

Das nationalsozialistische „Kampfbanner“ der „Röhmische Arbeiter“, das Organ Ludendorffs, hat aus finanziellen Gründen sein Erscheinen am 31. Dezember eingestellt.

400 griechische Kommunisten in die Verbannung geschickt

(Fig. Draht.) Athen, 4. Januar. Hier wurden 400 griechische Kommunisten verbannt, sie sollen nach dem Urteil im Hellenischen Meer transportiert werden. Die Kommunisten hätten die Pflicht eines Staatsbürgers gehabt.

Der Wille zur Armut

„Geld und Volk müssen sich endlich auf den Boden der Tatsachen stellen. Der Boden der Tatsachen bedeutet aber Armut! Es muß also der Wille zur Armut kommen.“ (Wahlkampfartikell der „Deutschen Bergwerkszeitung“.)

„Mit Recht haben Sie, Herr Geiler, auf der Schwelle des neuen Jahres das Gebot der Arbeit und der Sparsamkeit als Leitprinzip vor das Leben des ganzen deutschen Volkes gestellt.“ (Aus Sündenbürgen Reichsaussprache.)

Nichts ist so charakteristisch, wie die Größe der Unternehmer und der offiziellen Regierungsmänner an Festtagen. In knappen Worten lassen sie dann selbst zusammen, was sie von den arbeitenden Massen verlangen. Und sie schmühen die Arbeitererschaft im gegebenen Augenblick ist, um so offener, brutaler und zynischer sich zu verhalten, als die Forderungen der Bourgeoisie entgegen. Im Grunde laufen die Vorschläge des Unternehmers und des Reichspräsidenten und der Reichsregierung auf ein und dasselbe hinaus. Die Bergwerkszeitung verlangt den Willen zur Armut, die Reichsregierung den Willen zur Arbeit und Sparsamkeit. Nur ist das Unternehmerblatt etwas konsequenter als Geiler und Hindenburg.

Die Anforderung zur Arbeit in den Spalten des rheinisch-westfälischen Unternehmerblattes ist in dem Moment ganz unmöglich, wo nach den amtlichen Zahlen die Arbeitslosigkeit in Westfalen und Lippe von 72 000 Unterstützungsempfängern auf 120 000, also um mehr als 70 Prozent gestiegen ist, wo bei dem Landesarbeitssamt mehr als 150 000 Arbeitslose angemeldet sind.

So liebt von der Anforderung Hindenburgs als ernsthaft gemeint nur der Wille zur Sparsamkeit, d. h. zum noch ärmeren Leben, der Wille zur Armut. Der Wunsch der Bergwerkszeitung ist tatsächlich nur der Wunsch, dass die ganze Bourgeoisie und ihre Helfershelfer zur heutigen Kreise zu fügen haben. Wenn die Zeitungen, von der „Deutschen Zeitung“ bis zum „Vorwärts“, die heutige Krise als eine Geschickungsgeschichte bezeichnen, die eben überstanden werden muß, damit der Weg zu neuer Aufwärtsentwicklung frei werde — was ist das anderes als der Wunsch, das deutsche Volk zum Armut zu fügen, die Armut in eine bessere Zukunft zu fügen, was nicht den Arbeitenden deren Arbeitsstellen im Wege der „Nationalisierung“ stillgelegt werden sollen, und auch nicht denen, die aus Gnaden in Betrieben befallen werden, vorausgesetzt, daß sie ihre Köpfe der „allgemeinen Verarmung“ anheimen lassen.

Wenn die SPD in ihrem Wahlprogramm die gegenwärtige Krise als unumkehrliches Durchgangsstadium bezeichnet, belien natürliches Merkmal nicht durch künstliche Einseitigkeit werden könne — so stellt auch sie sich auf den Boden der Bergwerkszeitung. Und vom kapitalistischen Standpunkt ist das tatsächlich richtig. Am Kapitalismus gibt es keinen anderen Ausweg aus der Krise, als das Überleben der nun „überflüssigen“ Produktionszweige, als die Verdrängung der „überflüssigen“ Arbeitermassen. Die Arbeiter müssen die Armut tragen, wenn man nicht den Kapitalismus befehlen will. Freilich, die russischen Arbeiter haben ihren Bourgeois Gelegentlich gegeben, den Segen der Armut kennenzulernen und ihre Schritte von Verstand zu fügen; aber darum sind sie auch „rohe Barbaren, die für die Erhaltung der heiligsten Güter der Menschheit kein Verständnis haben.“

Für jeden Arbeiter aber, dem der Sozialismus mehr als eine Phrase für weltliche Sonntagsfeiern ist, bedeutet die Armut keine gegebene Tatsache. Für uns als Sozialisten ist es durchaus eine unabänderliche Tatsache, daß Millionen geklopft herumlaufen, während gleichzeitig die Textilmfabriken, die alle Frierenden befehlen könnten, aus Arbeitsmangel geschlossen werden.

Diese „gegebene Tatsache“ wird in dem Augenblick hinfällig, wo die Textilmfabriken nicht mehr für den Profit ihrer „Besitzer“, sondern für die Bedürfnisse der Werktätigen arbeiten. Und für uns Arbeiter ist es keine „gegebene Tatsache“, daß einige Tausende schlaflos und in ihren nächsten Stunden noch die Unvermeidlichkeit haben, den Millionen, von deren Schweiß sie leben, „Armut“ zu produzieren.

Die „gegebenen Tatsachen“ werden in dem Augenblick hinfällig, wo die deutschen Arbeiter dem leidigen Willen zur Armut entgegen und ihre Hirne mit einem anderen Willen erfüllen, mit dem Willen zur Macht. Das deutsche Volk ist arm, solange es sich ausbeutet und noch obendrein seine Betriebe stilllegen läßt, während Millionen hungern und frieren. Es wird in dem Augenblick reich sein, wo die Millionen Arme produktiv schaffen, nicht für den Profit einer Klasse, sondern für die Bedürfnisse der Gesamtheit. Freilich, darum muß man kämpfen. Wenn im Verlauf dieses Kampfes die Ausbeuter die Produktion lahmlegen, aus Rot und Entbehrung auferlegen, wenn wir im Kampfe um den Sozialismus werden leiden müssen, so wie die russischen Arbeiter gelitten haben; dann werden wir diese Armut als eine gegebene Tatsache tragen; Wir werden wissen, daß wir für unser Volk, für unsere Sache leiden, doch aus dieser Armut der blühende Aufstieg der sozialistischen Gesellschaft kommen wird, so wie er in Russland gekommen ist. Wer für die Kapitalisten wollen wir nicht hungern, die Armut, die sie uns auferlegen, wollen wir nicht tragen — wir werden dagegen kämpfen mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen.

Die Räuber wollen, wir sollen die Armut tragen. Ja, warum tragen denn sie die Armut? Warum führen sie die Betriebe nicht mit Verlust weiter, tragen die Kosten der Krise, so wie sie die

150 000 unterstützungsberechtigte Arbeitslose in Westfalen

Die Erwerbslosenziffer steigt weiter — Keine Notstandsarbeiten

(Fig. Draht.) Essen, 1. Januar. Nach den Mitteilungen des Landesarbeitsamtes hat die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Westfalen und Lippe im Dezember um 38 Prozent gegenüber November zugenommen und ist damit von 2 000 auf 150 000 Unterstützungsempfänger gestiegen. Der amtlichen Statistik wird die Bewertung beigegeben, daß die Belastung des Arbeitsmarktes ihren Höhepunkt noch nicht erreicht habe und daß mit einer weiteren erheblichen Verschlechterung gerechnet werden müsse. Notstandsarbeiten können „lediglich“ in neuemverwertem Umfang nicht in Aussicht genommen.

Kongressdämmerung

(Fig. Draht.) Jena, 4. Januar. Der größte Thüringer Kongress der Hermann-Kongress, ist zusammengebrochen, einschließlich seiner Parteizugewandtheit. Aus der Masse werden die Aktionäre und Gewerbetreibende noch nicht 1 Prozent erhalten. Es wurde Anträge wegen betrügerischer Bankrotts erstattet. Der Kongress wurde wegen Mangels an Masse abgelehnt.

Die Reichsbannerführung gegen entschädigungslose Enteignung der Fürsten

Ein Urteil des demokratischen „Montag-Morgen“

(Fig. Draht.) Berlin, 4. Januar. Der bürgerliche „Montag-Morgen“ schreibt im Anschluß an die gesamte Aktion der SPD für ein Volksbegehren für entschädigungslose Enteignung der Fürsten, daß die SPD, durch ihre Forderung nach und nach das ungeschickteste Beispiel der Kosten des Volksoberhauptes Führung verloren habe. Er schreibt, daß die parlamentarischen Organisationen zwar einen Umschwung gelitten hätten und die Kampagne gegen die entschädigungslose Enteignung sei insbesondere das Reichsbanner. Eine weitere Weigerung der SPD, zusammen mit der SPD, eine Kam-